

Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte



41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 08.03.2017
Tagesordnungspunkt: WB.WB-FM Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

- 1 Wir leben 2017 in einer Zeit dramatischer Umbrüche in der Weltpolitik. Die Hoffnung auf eine
2 globale Friedensordnung droht zu schwinden. Kriege und Konflikte in der Nachbarschaft der
3 Europäischen Union haben sich in den vergangenen Jahren weiter verschärft.
- 4 In einer solchen Lage sind Besonnenheit, eine multilaterale Ausrichtung, die Stärkung des
5 Völkerrechts sowie zivile Ansätze dringender denn je. Unsere Orientierung sind die vielen
6 demokratischen Aufbrüche der vergangenen Jahre, von Indonesien über Ghana bis Tunesien. Wir
7 werden alle Länder, die dies wollen, darin bestärken, sich von innen heraus zu reformieren,
8 den Kampf gegen die Korruption aufzunehmen – sich nachhaltig zu entwickeln und in Freiheit
9 zu leben.
- 10 Leitbild unseres außenpolitischen Engagements ist es, dass Deutschland und Europa mehr
11 Verantwortung für die Gestaltung einer friedlichen und kooperativen Weltordnung übernehmen
12 müssen. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass durch globale Partnerschaft und
13 Zusammenarbeit die Welt an vielen Stellen zu einem besseren Ort werden kann. Diesen Weg
14 wollen wir Grünen entschlossen weitergehen. Wir stehen für die Stärkung des internationalen
15 Rechts und einer multilateralen Politik, für eine wertegeleitete Außen-, Sicherheits- und
16 Entwicklungspolitik, die fest in den Vereinten Nationen und der Europäischen Union verankert
17 ist, eingebettet in die NATO und im Rahmen von regionalen Organisationen wie der OSZE und
18 des Europarats agiert. Dies gilt gerade jetzt. Die Welt wird nur sicherer werden, wenn wir
19 international nicht weniger, sondern enger zusammenarbeiten.
- 20 Im Mittelpunkt internationaler Politik steht für uns der Mensch mit seiner Würde, seinen
21 unveräußerlichen Rechten und seiner Freiheit. Uns leiten die Wahrung von Frauen- und
22 Menschenrechten und die Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen. Das schließt auch
23 den Kampf für soziale Gerechtigkeit und globale Entwicklung ein sowie die Bekämpfung von
24 Geldwäsche und internationaler Korruption.
- 25 **Menschenrechte, Krisenprävention und Entwicklung in den Mittelpunkt**
- 26 In der globalisierten Welt sind Außen- und Innenpolitik heute kaum mehr voneinander zu
27 trennen. Ressourcenkonflikte, Fluchtbewegungen und die gemeinsame Herausforderung der
28 Klimakrise zeigen, dass die Probleme der Welt nicht vor der eigenen Haustür Halt machen.
29 Frieden, Freiheit, ein Leben in Würde und der Schutz der globalen öffentlichen Güter stehen
30 allen Menschen gleichermaßen zu. Wir kritisieren scharf, dass autoritäre Regime in vielen
31 Ländern ihre Macht ausbauen. Demokratische Gesellschaftsmodelle geraten zunehmend unter
32 Druck. Nicht nur in Russland, China oder Ägypten, auch in der Türkei, in Indien oder Vietnam
33 ist die massive Einschränkung von Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit mittlerweile
34 bittere Realität. Die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen und demokratischen Bewegungen

35 wird immer öfter von staatlicher Seite behindert und kriminalisiert. Das betrifft auch die
36 politischen Stiftungen und ihre Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen vor Ort.

37 Entwicklungspolitik darf nicht für Abschottungsmaßnahmen oder militärische Zwecke
38 missbraucht werden, sondern muss klar partnerschaftlich vereinbarten Zielen wie der
39 Korruptionsbekämpfung, Stärkung staatlicher Strukturen, Reduzierung sozialer Ungleichheit,
40 Hungerbekämpfung und globaler Entwicklung dienen. Die Gleichberechtigung der Geschlechter
41 und die Durchsetzung der Frauenrechte sind dabei entscheidende Faktoren. Das inzwischen fast

42 50-jährige und oft wiederholte Versprechen, 0,7 Prozent unserer Wirtschaftsleistung für die
43 weltweite Entwicklung bereitzustellen, müssen wir endlich einlösen, genauso wie eine
44 verlässliche humanitäre Hilfe für Menschen in Not sowie ein stärkeres finanzielles und
45 personelles Engagement im Rahmen der VN, der EU und der OSZE. Die Auswärtige Kultur- und
46 Bildungspolitik übernimmt beim Dialog zwischen und mit verschlossenen Gesellschaften eine
47 wichtige Rolle. Wir wollen sie deshalb stärken.

48 Trotz der akuten Krisen im Nahen und Mittleren Osten dürfen Deutschland und die EU auch eine
49 Friedenslösung im Nahostkonflikt nicht aus dem Blick verlieren. Wir Grünen setzen uns
50 weiterhin für eine Zwei-Staaten-Regelung ein, um den Fortbestand Israels als demokratischen
51 Staat sowie die Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staates
52 Palästina auf der Grundlage der Grenzen von 1967 zu gewährleisten. Wir bekennen uns zu der
53 besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber dem Staat Israel sowie seinem
Existenzrecht

54 und seiner Sicherheit in gesicherten Grenzen als Eckpfeiler deutscher Außenpolitik. Zugleich
55 setzen wir uns ein für das Recht der Palästinenserinnen und Palästinenser in
56 Selbstbestimmung, Frieden und Sicherheit frei von Besatzung unter Wahrung ihrer
57 Menschenrechte in ihrem eigenen Staat zu leben. Wir lehnen jegliche Strategien auf beiden
58 Seiten ab, die Völkerrecht brechen oder auf Gewalt und Konfrontation setzen sowie auf die
59 fortgesetzte Schaffung von Fakten, die der Erreichung einer stabilen Zwei-Staaten-Regelung
60 entgegenstehen.

61 **Rüstungsexporte in Krisenregionen stoppen, Abrüstung voranbringen**

62 Der Verkauf von Waffen und Rüstungsgütern in Regionen mit Krisen und Konflikten verschärft
63 diese meist, statt sie einzudämmen und zu lösen. So nähren deutsche Rüstungsexporte an
64 Saudi-Arabien und andere kriegführende Parteien die Kriege im Nahen Osten, aber auch den
65 sogenannten Drogenkrieg in Mexiko. Das wirtschaftliche Interesse einzelner Unternehmen
66 übertrumpft dabei das humanitäre Interesse an Konfliktprävention und Konfliktlösung. Damit
67 muss endlich Schluss sein. Deshalb werden wir mit dem Rüstungsexportgesetz gesetzlich
68 verbindlich und restriktiv neu regeln, dass der Handel mit allen Rüstungsgütern an klare
69 Kriterien geknüpft, massiv begrenzt und der Export in Staaten außerhalb von NATO und
70 Europäischer Union unterbunden wird. Insbesondere Exporte in Konfliktgebiete und Länder, in
71 denen schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden, sollen gesetzlich verboten werden.

Auf

72 europäischer Ebene brauchen wir sowohl eine stärker koordinierte Sicherheits- und
73 Verteidigungspolitik als auch verstärkte Anstrengungen zur Rüstungskontrolle. Sie müssen
74 streng und umfänglich parlamentarisch durch Bundestag und Europäisches Parlament
75 kontrolliert sein.

76 Wer Frieden will, muss sich für weltweite Abrüstung engagieren und dabei mit eigenem
77 Beispiel vorangehen. Weltweite Abrüstung muss ein Grundpfeiler der deutschen und
78 europäischen Außenpolitik werden – gerade in unruhigen Zeiten. Wir kämpfen für eine Welt
79 ohne Atomwaffen und dafür, sie völkerrechtlich durch eine internationale Konvention zu
80 ächten. Es ist unverantwortlich, dass die schwarz-rote Bundesregierung im August 2016 gegen
81 einen VN-Resolutionsentwurf zum Verbot von Atomwaffen gestimmt hat. Wir Grünen fordern
den
82 Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland. Wir setzen uns auch für eine internationale
83 Konvention für das Verbot autonomer Waffen und Kampfroboter ein und sind gegen die
84 Anschaffung bewaffneter unbemannter Fluggeräte, also sogenannter bewaffneter Drohnen, für
85 die Bundeswehr.

86 **Stärke des Rechts statt Recht des Stärkeren**

87 Wir Grünen setzen auf die Stärke des Rechts statt auf das Recht des Stärkeren. Die
88 Anerkennung des Gewaltmonopols der Vereinten Nationen ist eine Voraussetzung dafür. Die VN
89 sind aber nur so stark, wie ihre Mitgliedstaaten es erlauben. Deshalb setzen wir uns dafür
90 ein, dass Deutschland sich im Rahmen der VN, ihrer Unterorganisationen sowie regionaler
91 Organisationen wie der OSZE stärker finanziell und personell engagiert.

92 Wir sind davon überzeugt, dass dauerhafter Frieden nur politisch, nicht militärisch erreicht
93 werden kann. Die Anwendung militärischer Gewalt ist immer ein Übel. Deswegen sind zivile
94 Konfliktprävention und zivile Konfliktbearbeitung zentrale Anliegen grüner internationaler
95 Politik. Sie sind heute wichtiger denn je und gehören ins Zentrum der deutschen
96 Außenpolitik.

97 Wir erkennen jedoch an, dass es Situationen gibt, in denen zur Eindämmung von Gewalt, zur
98 Verhinderung schwerer Menschenrechtsverletzungen und zur kollektiven Friedenssicherung der
99 Einsatz von Militär geboten sein kann. Das Konzept der Schutzverantwortung der VN besagt,
100 dass es Aufgabe der internationalen Gemeinschaft ist, aktiv zu werden, wenn nationale
101 Regierungen nicht in der Lage oder willens sind, Menschen vor schweren
102 Menschenrechtsverbrechen zu schützen. Dabei geht es um die Pflicht zur Prävention, die
103 Pflicht zur Reaktion sowie die Pflicht zum Wiederaufbau. An erster Stelle muss immer die
104 Prävention stehen, also das Verhindern gewaltsamer Entwicklungen. Militärische Gewalt darf
105 nur das äußerste Mittel zur Eindämmung von Gewalt sein. Sie darf nur dann eingesetzt werden,
106 wenn alle anderen Maßnahmen keine Aussicht auf Erfolg haben und das Völkerrecht den
Rahmen
107 vorgibt. Der Einsatz sollte eingebettet sein in klare Konzepte für die Zukunft des
108 betroffenen Staates. Ein stabiler Frieden setzt deutlich mehr als ein Ende der Gewalt
109 voraus.

110 Die Blockade des VN-Sicherheitsrats bei zentralen Entscheidungen muss durchbrochen und das
111 Gremium wieder handlungsfähig werden. Wird der VN-Sicherheitsrat nicht aktiv, sollte die
112 Generalversammlung der VN das Recht beanspruchen, mit qualifizierter Mehrheit den
113 Sicherheitsrat für blockiert zu erklären und an seiner Stelle friedens erzwingende Maßnahmen
114 nach Kapitel VII der VN-Charta zu beschließen. Gleichzeitig sollte der Sicherheitsrat so
115 reformiert werden, dass sich das Gleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten verbessert. Ein
116 gemeinsamer europäischer Sitz wäre hier ein wichtiger Schritt.

117 Wir wollen auch in diesem Zusammenhang die Vereinten Nationen politisch und materiell
118 stärken und unterstützen. Hierin sehen wir, neben der Landesverteidigung, auch eine wichtige
119 Aufgabe der Bundeswehr. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Jeder Kampfeinsatz
120 erfordert ein Parlamentsmandat und darf nur im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit
121 stattfinden. Dieser Parlamentsvorbehalt ist eine wichtige Vorgabe unserer Verfassung und
122 darf nicht relativiert werden.

123 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

124

125 **Versprechen halten: 0,7 Prozent des BIP für die ärmsten Länder**

126 Der Kampf gegen weltweite Armut und wirksamer Klimaschutz müssen Hand in Hand gehen.
Wir
127 wollen die Entwicklungsmöglichkeiten der ärmsten Länder ausbauen. Dazu gehört auch, dass
128 sich diese Länder besser an die Folgen der Klimakrise anpassen können. Wir werden das Ziel,
129 0,7 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen,
130 endlich umsetzen. Damit Deutschland seine Zusagen bis 2021 einhält, werden wir die
131 Entwicklungshilfe jedes Jahr erhöhen. Das wäre auch eine Politik, die Fluchtursachen
132 bekämpft.

133

134 **Für ein Rüstungsexportgesetz – keine Waffen in Krisenregionen**

135 Wir wollen Rüstungsexporte in Krisenregionen und an Staaten mit einer hoch problematischen
136 Menschenrechtslage mit einem restriktiven und verbindlichen Rüstungsexportgesetz stoppen
und
137 die bisherige Gesetzeslage verschärfen. Die Federführung bei Rüstungsexportgenehmigungen
138 wollen wir auf das Auswärtige Amt übertragen. Über die Exportgenehmigungen soll künftig die
139 gesamte Bundesregierung im Konsensprinzip entscheiden. In besonders heiklen Fällen soll der
140 Bundestag vorab über anstehende Genehmigungen informiert werden. Wir wollen
141 Nichtregierungsorganisationen ein Verbandsklagerecht einräumen, um genehmigte
142 Rüstungsexporte durch eine Klage überprüfen zu lassen. Auf europäischer Ebene kämpfen wir
143 darum, eine europaweite Rüstungsexportkontrolle voranzubringen.

144

145 **Für starke Vereinte Nationen - internationaler Schutzverantwortung gerecht werden**

146 Wir setzen auf eine Politik, die an den Menschenrechten und am Völkerrecht ausgerichtet ist.
147 Der zentrale Akteur auf globaler Ebene sind die Vereinten Nationen. In den bestehenden
148 Strukturen und ihrer derzeitigen Ausstattung können sie den wachsenden globalen
149 Herausforderungen nicht mehr gerecht werden. Dazu gehört die Prävention und zivile
150 Konfliktlösung. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) muss angesichts der
151 rasant wachsenden Flüchtlingszahlen auf der Welt lebensrettende Aufgaben besser
wahrnehmen
152 können. Und die internationale Gemeinschaft muss aktiv werden, wenn nationale Regierungen
153 nicht in der Lage oder willens sind, ihre Bürger vor Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu
154 schützen. Wir wollen die Vereinten Nationen deshalb stärken, die Schutzverantwortung auch

155 wirklich wahrnehmen zu können. Deshalb wollen wir Reformen in den Strukturen der Vereinten
156 Nationen anstoßen und wir wollen sie besser ausstatten, personell und materiell.

157
